

# DIE MODERNISIERUNG EINER MULTIRASSIALEN GESELLSCHAFT

## Zu den jüngsten politischen Unruhen in Malaysia

### I.

Malaysia wurde — sowohl wirtschaftlich als auch politisch gesehen — bis zum 13. Mai dieses Jahres bzw. bis zu den jüngsten politischen Unruhen als das fortschrittlichste Land in Südostasien bezeichnet. Die Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung Malaysias zeigten sich schon darin, daß bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate des Bruttonsozialprodukts von 5 Prozent das jährliche Pro-Kopf-Einkommen um 3,1 Prozent anstieg. Heute beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Einwohner Malaysias ca. 320 \$, und es ist nach dem Japans, Hongkongs und Singapores das höchste in Asien<sup>1</sup>.

Dieses erfolgreiche Wirtschaftswachstum ist unter anderem dadurch zustande gekommen, daß die politische Stabilität, die für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlich ist, durch die „Allianz“, eine Koalition, in den vergangenen 11 Jahren in Malaysia gewährleistet wurde. Auch der Rassenkonflikt, der in einer multirassischen Gesellschaft wie in Malaysia sehr explosiv ist, wurde hierdurch gemildert. Denn die „Allianz“ besteht nicht nur aus den drei größten Parteien, nämlich der United Malay National Organisation (UMNO), der Malaysian Chinese Association (MCA) und des Malaysian Indian Congress (MIC), sondern sie repräsentiert damit auch die drei größten Rassengruppen Malaysias: Malayen, Chinesen und Inder. Seit der Selbständigkeit Malayas im Jahre 1957 erlebte die „Allianz“ zweimal großartige Wahlsiege, und sie besitzt seit 1964 die Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Die Rassenfrage ist für Malaysia besonders kompliziert. Die Malayen, die zwar die Ureinwohner sind, haben nur einen Anteil von kaum 50 Prozent an der Gesamtbevölkerung, während die Einwandererbevölkerung mehr als die Hälfte ausmacht. Die Chinesen bilden 37 Prozent, die Inder 11 Prozent der Gesamtbevölkerung<sup>2</sup>. Bei einer solchen Bevölkerungszusammensetzung war es zumindest in der Gründungsperiode der Federation nicht denkbar, daß das Land von einer rein rassischen Partei allein regiert werden konnte. Im Jahre 1951, also sechs Jahre vor der Gründung der Federation of Malaya, erklärte der damalige englische Kolonalsekretär: „Die Selbständigkeit Malayas kann nur dann gegeben werden, wenn die verschiedenen Rassen sich einigen<sup>3</sup>.“ Die nationale Selbständigkeit Malayas wurde daher nicht zuletzt dadurch ermöglicht, daß die Bildung der „Allianz“, die die drei größten Rassengruppen dieses Landes vertritt, tatsächlich verwirklicht wurde. Die „Allianz“, die einen interkommunalistischen Charakter hat, war damals zweifellos notwendig, und sie hat auch die Hauptschwierigkeit, nämlich die heterogenen Interessen verschiedener Rassengruppen zu integrieren, bei der Geburt der Federation of Malaya überwunden. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die „Allianz“ in der ersten Wahl im Jahre 1959 eine Mehrheit gewann.

Der zweite Wahlsieg der „Allianz“ im Jahre 1964 läßt sich damit begründen, daß die Konfrontation mit Indonesien zwischen 1963 und 1966 das Volk Malaysias zwang, sich unter der Führung der „Allianz“ zusammenzuschließen, um die eigene Macht der malaysischen Zentralregierung nach innen und außen zu verstärken und

1 Neue Zürcher Zeitung vom 25. 2. 1968.

2 Far Eastern Economic Review vom 5. 6. 69, S. 566. In Art. 153 der Malaysischen Verfassung von 1957 wird sogar bestimmt, daß die malayische Bevölkerungsgruppe, die sich selbst als Staatsvolk versteht, von verfassungswegen durch eine Garantie gegen die andersrassigen Minderheiten geschützt ist.

3 Zitiert nach Purcell, Victor: The Chinese in Southeast Asia, London, 2. Aufl. 1965, S. 344.

um vor allem das im Jahre 1963 neu gegründete Malaysia, das auch Sarawak, Sabah und Singapore einschloß, vor den Drohungen Sukarnos zu retten. Die „Allianz“ gewann im Jahre 1964 nicht zuletzt infolge der Konfrontation 89 der 104 Sitze im Abgeordnetenhaus des Parlaments, d. h. eine solide Zweidrittelmehrheit, die zur Änderung der Verfassung und zur Durchführung ihres Programms einer „toleranten Malaysisierung“ ausreichte. Der zweimalige Wahlsieg lieferte zugleich ein seltenes Beispiel dafür, daß eine interkommunalistische politische Zusammenarbeit in einer Mehrrassengesellschaft durchaus möglich ist und daß sich diese Möglichkeit vor allem durch ein funktionierendes parlamentarisches System ergeben kann.

Auf der anderen Seite bedeutete die malaysische Koalition mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament jedoch eine Schwächung bzw. Einengung des Spielraums der Opposition im Parlament, wodurch gerade das Funktionieren eines parlamentarischen Systems gefährdet wird. Denn die Opposition ist ein funktionsnotwendiger Bestandteil des Parlaments, und die Demokratie beruht ausschließlich auf dem Zusammenspiel und der Gegenüberstellung von Regierenden und Opposition<sup>4</sup>. Das Hauptinteresse aller nichtregierenden Parteien Malaysias war deshalb, wie im Wahlkampf zu beobachten war, viel mehr darauf gerichtet, die von der „Allianz“ seit 1964 im Parlament behauptete absolute Mehrheit (über zwei Drittel) zu brechen als auf einen Machtwechsel in der Regierung einzuwirken. Einer der Kandidaten, Dr. Chen Che-chin, stellte mit Recht fest:

„Das parlamentarische System Malaysias kann nur dann funktionieren, wenn die Allianz in Zukunft keine absolute Mehrheit im Parlament mehr innehat . . . Der Austritt Singapores aus der Federation im Jahre 1965 und die dadurch nötig gewordene Verfassungsänderung hätte bestimmt nicht so plötzlich und leicht geschehen können, wenn die Opposition auch nur ein Drittel der Sitze im Parlament gehabt hätte.“<sup>5</sup>

Außerdem ist die „Allianz“ trotz ihrer interkommunalistischen Struktur bei fehlender Gegenkraft bzw. wirksamer Machtkontrolle daran gewöhnt, einerseits Kritik nicht ernst zu nehmen und andererseits ihre eigenen Leistungen überzubewerten. Im Wahlkampf behauptete sie sogar, daß die vorhandene Koalition das einzige politische System Malaysias sei und daß es für die Zukunft dieses Landes keine Alternative gebe. Dabei ignorierte die Allianz die Tatsache, daß ein ständig wachsender Teil des Volkes — und zwar sowohl der Chinesen als auch der Malayen — seit langem nicht mehr mit dieser Koalition einverstanden ist. Zum Beispiel sind die Chinesen darüber enttäuscht, daß die Malaysian Chinese Association, also die in der „Allianz“ die Chinesen vertretende Partei, es in den vergangenen elf Jahren noch nicht einmal durchsetzen konnte, die chinesische Sprache neben der malayischen als zweite Landessprache zu legalisieren. Denn ein Volk, das 37 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, kann kaum auf seine eigene Sprache verzichten. Auf der anderen Seite haben die Malayen, die zum größten Teil auf dem Lande leben und Bauern sind, ihre Unzufriedenheit darüber geäußert, daß die UMNO, die ebenfalls seit 11 Jahren an der „Allianz“ beteiligt ist, ihr Versprechen nicht gehalten hat, die gegenüber den meist in den Städten wohnenden wohlhabenden Chinesen relativ schlechte Wirtschaftslage der Malayen zu verbessern.

Diese Unzufriedenheiten spiegeln sich deutlich in den Wahlergebnissen dieses Jahres wider. Die Anzahl der Sitze der Allianz im Parlament ist von 89 auf 66 zurückgegangen; dagegen haben die oppositionellen Parteien statt bisher 15 Sitzen nunmehr 37 Sitze erhalten. Diese knappe absolute Mehrheit reicht für die Allianz nicht mehr aus, um z. B. die Verfassung zu ändern. Der Durchbruch der Oppositionsparteien ist darauf zurückzuführen, daß die in der Hauptsache chinesische, links orientierte Democratic Action Party (DAP), die 1964 nur einen Sitz hatte, nun mit

<sup>4</sup> Vgl. E. Fraenkel, K. D. Bracher: Staat und Politik. Fischer-Bücherei 1957, S. 78.

<sup>5</sup> Nanyang Siang Pau vom 5. 5. 69.

13 Abgeordneten ins Parlament eingezogen ist. Dagegen ist die MCA, die in der „Allianz“ die Chinesen vertritt, von 27 Sitzen auf 13 zurückgefallen. Angesichts dieses Verlustes ist die MCA gezwungen, aus der bisherigen Koalition auszutreten, d. h. sie sieht sich nicht mehr in der Lage, mit nur 13 Sitzen die Chinesen, die 37 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, in der zukünftigen Regierung zu repräsentieren<sup>6</sup>.

Nur wenige Stunden nach der offiziellen Bekanntgabe der Entscheidung, daß die MCA nicht mehr in der Regierung beteiligt sein wird, begann in Kuala Lumpur der blutige Konflikt zwischen Malayen und Chinesen. Seitdem befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Das Parlament wurde durch den neu gegründeten Security Operations Council ersetzt, der absolute Macht besitzt, um die Ordnung in Malaysia wiederherzustellen. Tausende wurden bisher verhaftet und die Zeitungen durch strenge Zensuren unter Kontrolle gebracht. Das bedeutet, daß das demokratische System Malaysias völlig außer Kraft gesetzt wurde und die gelobte „parlamentarische Musterdemokratie in Asien“, eine „seltene Erscheinung in diesem Teil der Welt“<sup>7</sup>, in Frage gestellt ist.

## II.

Vergeblich hat man bisher versucht, die Ursachen dieses Konflikts zu finden. Man hat behauptet, daß er einfach in einem Rassenproblem begründet sei. Zugegeben: In einer multirassischen Gesellschaft führt jegliche Unzufriedenheit des Volkes leicht zu einem Rassenkonflikt. Die Ursache, die tatsächlich hinter diesem Konflikt steht, ist jedoch nicht allein das Rassenproblem. So ist es beispielsweise während der sogenannten „Emergency-Periode“, d. h. während der Partisanenkämpfe gegen die malayischen Kommunisten, zu denen überwiegend Chinesen gehören, nicht zu einem Rassenkonflikt in den Städten gekommen, obwohl die damalige Spannung zwischen Chinesen und Malayen bei weitem explosiver war, als dies heute der Fall ist. Es hieß seinerzeit: „To be anti-communist is to be anti-Chinese; to be anti-Chinese is to be a true anti-communist<sup>8</sup>.“ Auch während der Konfrontation von 1963—1966 standen die Malayen und die Chinesen gemeinsam den indonesischen Drohungen gegenüber, obwohl die Indonesier derselben Rasse angehören wie die Malayen. Außerdem hat die Allianz in den vergangenen Jahren ein konkretes Beispiel dafür gegeben, daß sich die verschiedenen Rassen Malaysias ohne weiteres unter einen Hut bringen lassen. Sie haben trotz ihrer Partikularinteressen bzw. der zwischen ihnen bestehenden Differenzen zusammengearbeitet. Wenn das Rassenproblem in Malaysia eine unüberwindliche Schwierigkeit darstellte, hätte diese Koalition vor 11 Jahren überhaupt nicht zustande kommen können.

Objektiv gesehen sind die Ursachen, die hinter den jüngsten blutigen Unruhen stehen, nicht allein auf das Rassenproblem, sondern darüber hinaus auch auf die folgenden Schwierigkeiten Malaysias zurückzuführen:

1. Politisch gesehen ist Malaysia eines der jüngsten demokratischen Länder der Welt. Es hat zwar das parlamentarische System Englands voll übernommen; dabei fehlen jedoch eine Reihe von Bedingungen und vor allem die Praxis. Unter diesen Umständen sind Volk und Regierung noch nicht daran gewöhnt, daß ein Machtwechsel in einem demokratischen Land ein ganz normaler Vorgang ist. So rief z. B. der Austritt der MCA aus der Koalition sogleich eine Art Koalitionskrise hervor. Für ein reifes demokratisches Land wäre ein solches Ereignis ein normaler Vorfall, während für Malaysia daraus eine völlig unerwartete politische Situation entstand, der die „Allianz“ und das Volk hilflos gegenüberstanden. Nach den bisherigen

6 Nanyang Siang Pau vom 14. 5. 69.

7 Manifesto of the Contesting Political Parties. Kuala Lumpur, 1964. Zitiert nach Joachim Wiesner: Demokratische Stabilität in einer Mehrrassengesellschaft: Politische Wahlen in Malaya 1955—1964, Sonderdruck, Köln-Opladen 1967.

8 Williams, Lea E.: The Future of the Overseas Chinese in Southeast Asia, New York 1966, S. 14.

Erfahrungen der Einwohner Malaysias ist die ideale Regierungsform für Malaysia eine große Koalition, welche die Mehrheit im Parlament besitzt und möglichst die drei größten Rassengruppen des Landes umfassen sollte. Etwas anderes hat es in Malaysia bisher noch nie gegeben. Man vermutet deshalb, daß die Unruhen, die kurz nach der Bekanntgabe des Austritts der MCA in Kuala Lumpur entstanden sind, mit der Absicht gestiftet wurden, in Malaysia einen Notstand entstehen zu lassen, um dadurch die „Allianz“ zu retten bzw. die MCA zu zwingen, wieder zur „Allianz“ zurückzukehren. Der Korrespondent der Far Eastern Economic Review in Malaysia schildert die Lage folgendermaßen:

„Confrontation is no more, Sabah has been a dismal failure as an election issue and the only opportunity for melodramatics is in the bloodbath of racial strife which electors are being told must develop if the Alliance is not returned.“<sup>9</sup>

Tatsächlich erklärte der Vorsitzende der MCA, Mr. Cheng Shue-sin, schon zwei Tage nach den Unruhen, also am 15. 5., vor der Presse, die MCA müsse sich die von ihr getroffene Entscheidung, an einem künftigen Kabinett nicht mehr teilnehmen, nochmals überlegen<sup>10</sup>. Auch in dem Security Operations Council ist ein hoher Funktionär der MCA vertreten<sup>11</sup>. Man kann schon daraus erkennen, daß es sich mehr um eine Koalitionskrise als um ein Rassenproblem handelt.

Keine der in der Allianz vereinigten Parteien wagt es, allein zu regieren, während die anderen in der Opposition stehen. Natürlich ist Malaysia ein Sonderfall, für den die Regierung durch eine Koalition, die die drei Rassengruppen vertritt, als die beste Möglichkeit erscheint. Auf der anderen Seite wäre es vielleicht ein Vorteil, einmal zu versuchen, die Malayen regieren zu lassen, während die Chinesen die Opposition bilden, oder umgekehrt, so daß alle zwischen beider auftretenden Streitigkeiten nicht auf der Straße, sondern im Parlament ausgetragen werden. Für ein Land wie Malaysia, das eine nur elfjährige Erfahrung mit der demokratischen Regierungsform aufweist, ist es jedoch verfrüht, ein derartiges Regierungsmodell zu verwirklichen. Das Volk hat noch kein Vertrauen in das demokratische System, und es fehlt noch an der Selbstverständlichkeit eines malaysischen Gemeinwohls. Man fürchtet sich deshalb vor einer Machtänderung oder einem Machtwechsel, der normalerweise in einer reifen und dynamischen modernen Gesellschaft vom Volk als wünschenswert erachtet wird. Sogar die „Allianz“ ging von der Vorstellung aus, daß „Malaysia, wenn es nach der Wahl von einer Gruppe unerfahrener Leute (gemeint sind alle Parteien außerhalb der Allianz) regiert würde, in eine Situation der Verwirrung geriete, die die ganze Nation zugrunde richten müßte“<sup>12</sup>. Dabei hat die Allianz völlig vergessen, daß auch sie zunächst mit „unerfahrenen Leuten“ im Jahre 1957 von den Engländern die Macht übernahm und erst durch die Ausübung der Macht in den vergangenen elf Jahren „erfahrene Leute“ gewonnen hat. Solange Malaysia politisch unreif bleibt, wird es in Zukunft bestimmt weitere politische Unruhen geben, die sich nicht einfach mit rassischen Auseinandersetzungen begründen lassen.

2. Wirtschaftlich gesehen ist Malaysia ein Entwicklungsland. Es befindet sich in einer Periode des Übergangs von der kolonialen Monokulturwirtschaft zur selbständigen nationalen Wirtschaft bzw. im Anfangsstadium der Industrialisierung. Der Export Malaysias besteht hauptsächlich aus Kautschuk und Zinn, die jedoch stark unter dem Einfluß der schwankenden Weltmarktpreise stehen. Unter den oft sinkenden Preisen haben nicht nur die chinesischen, sondern auch die malayischen und indischen Unternehmer gelitten. Dank der von der „Allianz“ geschaffenen politischen und Währungsstabilität ist die Industrialisierung durch in- und auslän-

9 Far Eastern Economic Review vom 8. 5. 69, S. 334.

10 Tscham Wan No. 176 vom 1. 6. 69, S. 2.

11 Central Daily News vom 18. 5. 69.

12 Nanyang Siang Pau vom 16. 4. 69.

dische Investitionen vorangetrieben worden. Gleichzeitig entstanden jedoch zahlreiche neue Probleme, die die Regierung in der Vergangenheit vergeblich zu lösen versucht hat.

Das wichtigste Problem ist die Urbanisation und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in den Städten. Allein in Kuala Lumpur ist die Einwohnerzahl von 375 000 im Jahre 1958 auf 750 000 im Jahre 1968 gestiegen; die Zahl der Einwohner dieser Stadt hat sich also um 100 Prozent vermehrt<sup>13</sup>. Unter den Zugewanderten befinden sich vorwiegend Malayen, die ursprünglich auf dem Lande lebten und Bauern waren. Es ist nicht verwunderlich, daß die blutigen Unruhen vom 13. Mai gerade in den dicht bewohnten Slums von Kuala Lumpur entstanden<sup>14</sup>. Dagegen wohnen die Chinesen zu 63 Prozent in den Städten und beherrschen die Wirtschaft<sup>15</sup>. Hier ist deutlich zu beobachten, daß die Gesellschaft in Malaysia nach Arbeitsfunktionen differenziert ist und daß der Unterschied zwischen Dörfern und Städten, zwischen Bauern und Händlern problematisch in Erscheinung tritt. Dieses Problem gibt es jedoch letzten Endes in jeder Gesellschaft als Sozial- und Wirtschaftsproblem und muß keineswegs ein Rassenproblem sein. Seine Lösung kann daher auch nicht im rassischen Bereich, sondern nur im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gefunden werden. Dies trifft insbesondere auf Malaysia zu. Die Chinesen stellen in Malaysia nicht wie in anderen südostasiatischen Ländern eine Minderheit dar. Vor allem ist ihre Wirtschaftsmacht nicht durch eine bewußte Politik seitens der chinesischen Regierung, z. B. durch Kolonisation, entstanden. Das chinesische Kapital hat sich nur in Malaysia durch langjährige harte Arbeit und Sparsamkeit akkumuliert. Denn China selbst war bis 1949 ein unterentwickeltes Land und wurde als Halb-Kolonie bezeichnet. Es gibt bis heute keinen Kapitalexport von China nach Malaysia. Das in Malaysia vorhandene Kapital gehört zwar meistens den Chinesen, ist jedoch als Vermögen des Landes Malaysia zu betrachten.

Um dieses Vermögen möglichst gleichmäßig auf die Bürger Malaysias zu verteilen, d. h. die Ungleichheit zwischen arm und reich zu nivellieren, sollte man lieber — wie in jedem anderen Land, in dem dieselben Probleme herrschen — zuerst einmal eine wirksame Einkommens-, Steuer-, Vermögens-, Finanz- und vor allem Sozialpolitik betreiben, als die Lösung auf rassischem Gebiet zu suchen. Denn es gibt Arme und Reiche nicht nur unter den Malayen und Chinesen, sondern auch innerhalb dieser beiden Rassengruppen. Die in Malaysia bestehende Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Klassifizierung und Diskriminierung kennt also keine rassischen Grenzen. Solche Erscheinungen sind in allen Entwicklungsländern vorhanden, einerlei, ob es sich um einrassige oder um mehrrassige Länder handelt. Denn es gibt keine Gesellschaft ohne funktionelle Differenzierung bzw. ohne soziale Schichtung. 3. Gesellschaftlich weist Malaysia eine unterentwickelte Gesellschaft auf, die jedoch infolge der Industrialisierung in einen Prozeß sozialer Wandlung gerät. Es hat eine halb feudalistische Gesellschaft und eine demokratische Verfassung. Es ist marktwirtschaftlich organisiert und führt gleichzeitig planwirtschaftliche Maßnahmen durch. Es ist ein selbständiges Land, hat aber sehr starke Bindungen an sein ursprüngliches Mutterland England. Obwohl die Industrialisierung in Malaysia relativ schnell vor sich geht, bleibt es immer noch ein Agrarland. Also handelt es sich um eine Gesellschaft mit heterogener Struktur, in der die Gegensätze deutlich in Erscheinung treten. Die Spannungen bzw. Widersprüche zwischen den Gegensätzen in Malaysia führen unvermeidlich dazu, daß die Gesellschaft gespalten wird. So gibt es nicht nur Arme und Reiche, eine städtische und eine ländliche Bevölkerung, sondern auch extreme und liberale Gruppen in der Politik, konservative und moderne Unternehmer in der Wirtschaft usw. Die Spaltung der Gesellschaft ist

13 Far Eastern Economic Review vom 5. 6. 1969, S. 566.

14 ebda.

15 ebda.

eigentlich keine Besonderheit Malaysias, sondern man findet sie in jeder Gesellschaft, vor allem dort, wo die Gesellschaft sich in einem Wandel befindet. In der Regel wird durch eine derartige Spaltung eine Auseinandersetzung zwischen den Gegensätzen ausgelöst, wodurch eine Gesellschaft überhaupt erst in Bewegung gerät und Fortschritte erzielt. Sie ist sozusagen die Triebkraft einer dynamischen Gesellschaft und aller Politik. Man darf sie auf keinen Fall als Negativum ansehen. Leider äußert sich dieser Spaltungsprozeß in Malaysia — oberflächlich gesehen — gleichzeitig in einer Spaltung der Rassen. Denn die Chinesen repräsentieren, wenn man es der Einfachheit halber verallgemeinern darf, nicht nur die Reichen, sondern auch die liberale Gruppe in der Politik (z. B. die DAP), den modernen Unternehmer in der Wirtschaft und schließlich die städtische Bevölkerung. Dagegen sind die Malayen hauptsächlich Bauern, konservativ und zugleich extrem. Es ist daher nur natürlich, daß jede Auseinandersetzung zwischen den Gegensätzen, die — wie bereits erwähnt — auch in jeder anderen Gesellschaft vorkommen können, in Malaysia automatisch als Rassenkonflikt beurteilt wird.

Die Wandlung der bestehenden Gesellschaft Malaysias ist unvermeidlich, einfach, weil in ihr zu viele Gegensätze und Widersprüche vorhanden sind. Diese Gegensätze sind keineswegs aus rassischen Gründen entstanden, und man kann ihnen auch nicht mit dem Rassismus begegnen. Wir werden vielleicht aus Malaysia noch von neuen Rassenkonflikten hören, die jedoch nur die gespaltene und sich ständig wandelnde Gesellschaft Malaysias widerspiegeln. Der Rassenkonflikt wird in Zukunft immer mehr an Bedeutung verlieren, denn das malayische Volk wird sich auf lange Sicht in einem Entwicklungsprozeß, dem die Industrialisierung bzw. Modernisierung zugrunde liegt, nicht mehr nach rassischen Gesichtspunkten, sondern entsprechend der sozialen Schichtung gruppieren. In Zukunft werden Arme gegen Reiche, Liberale gegen Extreme und Moderne gegen Konservative stehen, ganz gleich, ob sie Chinesen oder Malayen sind. Dieser Entwicklungsprozeß hat in Malaysia praktisch schon begonnen. Chinesen und Malayen bemühen sich nicht nur, in der „Allianz“ und in der Opposition für ihr gemeinsames Ziel zusammenzuarbeiten, sondern auch im Urwald an der Grenze zwischen Malaysia und Thailand unter derselben Ideologie zusammen zu kämpfen.

4. Kulturell gesehen ist Malaysia ein Land, welches mehrere Kulturen, nämlich die malaiische, chinesische, indische und europäische, umfaßt. In der Tat spielten jedoch die europäischen Kulturen in dem Akkulturationsprozeß, sowohl in bezug auf den einzelnen als auch auf die ganze Gesellschaft eine überragende Rolle. Der langjährige intensive Kulturkontakt und der damit verbundene Kulturkonflikt zwischen Ost und West trägt dazu bei, daß die malaiische, die indische und auch die chinesische Kultur angesichts der Überlegenheit der westlichen Kultur in Malaysia allmählich aufgegeben werden, d. h. die fremde Kultur wird assimiliert. Dies wird um so mehr geschehen, je schneller die Modernisierung bzw. Industrialisierung in Malaysia vor sich geht. Diese Modernisierung bedeutet eine Verwestlichung bzw. eine Europäisierung.

In Malaysia ist die Verwestlichung zur Selbstverständlichkeit geworden, z. B. durch die Übernahme des parlamentarischen Systems, der Rechtsordnung, der Staatsverwaltung, des Erziehungssystems, der Unternehmensorganisation usw. von England. Diese künstliche Übertragung der sozialen Einrichtungen bzw. der nicht-materiellen Kultur aus einer hoch entwickelten Industriegesellschaft auf eine unterentwickelte Agrargesellschaft, wo die materielle Kultur mit der übertragenen nicht-materiellen Kultur nicht in Einklang gebracht werden kann, führt zu einer Störung im Gleichgewicht der Agrargesellschaft. Mit anderen Worten: Die beiden Kulturen sind in der Gesellschaft Malaysias noch nicht einander angepaßt. Dies ist die Umkehr der Situation in einer modernen Gesellschaft. Während in der modernen Gesellschaft wegen der raschen Entwicklung der materiellen Kultur die sozialen Einrichtungen bzw. die nicht-materielle Kultur oft nicht Schritt halten können, muß die zurück-

gebliebene materielle Kultur Malaysias sich so schnell wie möglich an die übernommenen Einrichtungen anpassen, um das gestörte Gleichgewicht in der Gesellschaft wiederherzustellen.

Da die Elemente der Kultur als interdependente Variablen zu betrachten sind<sup>16</sup>, während es sich bei der nicht-materiellen Kultur um abhängige Variablen und bei der materiellen Kultur um unabhängige Variablen handelt, führt eine kulturelle Phasenverschiebung (cultural lag), wie sie in Malaysia vorliegt, dahin, daß die künstlich übertragene fortschrittliche, nichtmaterielle Kultur sich entgegengesetzt zu der zurückgebliebenen materiellen Kultur verändert, d. h. ihre Eigenschaften und ihr Funktionieren gehen allmählich verloren. Die Folge davon ist, daß zunächst in den sozialen Einrichtungen Bürokratismus, Korruption und Unfähigkeit um sich greifen, die dann zum gänzlichen Versagen ihrer Funktion führen. Daß die in einem reifen demokratischen Land als normaler Vorgang betrachtete Koalitionskrise in Malaysia derartig blutige Unruhen hervorrufen und schließlich in eine völlige Außerkraftsetzung des parlamentarischen Systems übergehen konnte, ist ein konkretes Beispiel hierfür. Die Ursache der jüngsten Unruhen ist daher kein Rassенproblem, sondern im Grunde genommen ein Problem der kulturellen Phasenverschiebung und des gestörten Gleichgewichts in der Gesellschaft. Dieses Problem findet man in allen unterentwickelten Gesellschaften, die entweder eine koloniale Vergangenheit haben oder unter starker westlicher Beeinflussung stehen (z. B. Thailand). Das übernommene demokratische System dieser Länder bleibt deshalb häufig wirkungslos, oder man kehrt einfach durch einen Militärputsch zur Diktatur zurück. Der Security Operations Council, der jetzt in Malaysia absolute Macht besitzt und das Parlament ersetzt, ist eine Art Diktatur, die der dortigen materiellen Kultur entspricht.

In dieser Hinsicht scheint es in Malaysia, wo mehrere Kulturen existieren und vor allem die Modernisierung als höchstes Ziel des Landes proklamiert wurde, nicht sinnvoll zu sein, die autochthone Kultur nur aus nationalistischen Empfindungen heraus zu betonen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese Kultur den anderen gegenüber tatsächlich überlegen ist (Beispiel: die Legalisierung des von weniger als der Hälfte der Gesamtbevölkerung gesprochenen Malaiischen als Nationalsprache). Nationalismus — genauer gesagt: Kommunalismus — hindert nicht nur den für Malaysias Zukunft lebenswichtigen Integrationsprozeß, sondern erschwert auch den Akkulturationsprozeß, durch den Malaysia von einer unterentwickelten Gesellschaft zu einer modernen Gesellschaft umgewandelt werden soll. C. L. Yu

---

<sup>16</sup> Vgl. E. K. Francis, Wissenschaftliche Grundlagen soziologischen Denkens, 2. Aufl., Bern und München 1965, S. 126 ff.